

Ordnungsnummer: _____

Eingereicht am (Datum/Zeit): _____

Parlamentarische Initiative

(Art. 61, 62, 67, 69 Abs. 2 + 3 + Art. 70 Abs. 3 + 4 GRG; Art. 69 – 71, 78 + 79 GO)

| | Urheber/-in (auch Fraktions- od. Kommissionsvorstösse möglich) | Unterschrift |
|----|--|--------------|
| 1. | Ursula Marti (Bern, SP) | |
| 2. | Ueli Egger (Hünibach, SP) | |
| 3. | | |

Die Pauschalsteuer gehört abgeschafft!

Wir beantragen dem Grossen Rat eine Änderung des Steuergesetzes StG:
Art. 16 ist zu streichen.

Kurze Begründung:

Die Besteuerung nach dem Aufwand verletzt verschiedene Besteuerungsgrundsätze und Grundrechte. Namentlich die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die Gleichmässigkeit der Besteuerung, die Rechtsgleichheit sowie das Willkürverbot.

Die Besteuerung nach dem Aufwand führt zu unterschiedlichen Steuerbelastungen von Schweizer/innen und Ausländer/innen. Sie ist intransparent und ihre Anwendung führt immer wieder zu Beanstandungen. So verlangt beispielsweise die nationalrätliche Finanzkommission eine strengere Kontrolle der Kantone bei der Umsetzung der Pauschalsteuer. Auch Recherchen von Medienschaffenden kommen immer wieder zum Schluss, dass der Lebensaufwand von Pauschalbesteuerten nicht immer regelkonform und vollumfänglich deklariert wird und eine systematische, zeitnahe Überprüfung fehlt. Auch ist schwer überprüfbar, ob Pauschalbesteuerte tatsächlich keine Geschäfte tätigen in der Schweiz. Bereits haben einige Kantone die Besteuerung nach dem Aufwand abgeschafft. Das zeigt, dass die Bevölkerung diese Ungerechtigkeit immer weniger duldet.

Die Besteuerung nach Aufwand widerspricht auch der Steuergerechtigkeit zwischen der Schweiz und anderen Staaten. Die Schweiz insgesamt und die Kantone, welche die Pauschalbesteuerung anwenden, geraten immer stärker in die Kritik wegen dieser Sonderbehandlung von reichen Ausländern. Diese verlassen ihr Land, ziehen dort ihr Steuersubstrat ab und lassen sich in einem Schweizer Kanton mit Steuerbegünstigung für reiche Ausländer nieder. Diese unfaire Praxis erhöht den internationalen Druck auf die Schweiz in Steuerfragen zusätzlich.

In Zeiten, in denen Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz von zentralem öffentlichem Interesse sind, sollte die ungerechte, intransparente und imageschädigende Pauschalbesteuerung überdenkt werden.

Ort / Datum

5. April 2019

Mitunterzeichner/-in

| | Name / Vorname | Unterschrift |
|----|----------------|--------------|
| 1. | | |
| 2. | | |
| 3. | | |

